

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/001(VIII)/24			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	Donnerstag, 08.08.2024	Mensa - Baudezernat, An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	20:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Vorstellung der Mitglieder des StBV und Wahl der Stellvertretung
- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 25.04.2024, 30.05.2024, 11.06.2024
 - 4.1 25.04.2024
 - 4.2 30.05.2024
 - 4.3 11.06.2024
- 5 Einwohner*innenfragestunde

6	Beschlussvorlagen	
6.1	Beschluss zur Errichtung des neuen Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Südost auf einem städtischen Grundstück im Schanzenweg Amt 37	DS0233/24
6.2	Umsetzung Toilettenkonzept DS0356/21 EB SAB	DS0081/24
6.3	Aufstellung und öffentliche Auslegung des Entwurfs zum einfachen Bebauungsplan "Stellplatzbegrünungssatzung" FB 64	DS0107/23
6.4	Befreiung vom Bebauungsplan Nr. 265-1 "Ernst-Grube-Stadion", Neubau FCM Trainingszentrum (1. Bauabschnitt) und FCM Nachwuchsleistungszentrum (2. Bauabschnitt) FB 64	DS0129/24
6.5	Finanzielle Einordnung zur Machbarkeitsstudie zum westlichen Abschnitt des Nordverbinders FB 64	DS0134/24
6.6	Änderung der Planungsziele zum Bebauungsplanes Nr. 471-2 „Alt Fermersleben/ Schanzenweg“ FB 64	DS0288/24
6.7	Kosten-spaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Bebertaler Straße (Stichweg)“ FB 68	DS0253/24
6.8	Abschnittsbildungs- und Kosten-spaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Lübecker Straße/ Dequeder Straße" von Bebertaler Straße bis Dannefelder Straße“ im Abschnitt von „Bebertaler Straße bis Dequeder Straße“ FB 68	DS0254/24
6.9	Abschnittsbildungs- und Kosten-spaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Salvador- Allende-Straße von Barleber Straße bis Ende der Kurve (Im Steingewände)“ im Abschnitt von „Pablo-Neruda-Straße bis Im Steingewände(1. Einmündung).“ FB 68	DS0255/24
6.10	Abschnitts- und Kosten-spaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Victor-Jara-Straße von Pablo-Neruda-Straße (im Norden) bis Pablo-Neruda-Straße (im Süden Wendehammer)“ im Abschnitt von „Pablo-Neruda-Straße (im Norden) bis Victor-Jara-Straße 17 (Durchgang zur Salvador- Allende-Straße).“ FB 68	DS0256/24

6.11	Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den investiven Bereich im Haushaltsjahr 2024 für 2025 – Baumaßnahme Brücke Lüttgen-Salbker-Weg über die Gleise der DB AG / Hauptstrecke 6403 Magdeburg Halle in Magdeburg, Überbauerneuerung Provisorium FB 68	
7	Anträge	
7.1	Wirrwarr um Parkplatz-Ordnung in der Brunnersiedlung in Sudenburg Fraktion DIE LINKE	A0116/24
7.1.1	Wirrwarr um Parkplatz-Ordnung in der Brunnersiedlung in Sudenburg FB 32	S0285/24
7.2	Soziale Stadtentwicklung anpacken! Fraktion DIE LINKE	A0020/24
7.2.1	Soziale Stadtentwicklung anpacken! FB 64	S0100/24
7.3	Für bezahlbaren Wohnraum sozialen Wohnungs(neu)bau wieder aufnehmen – Gebäudetyp E unterstützen SPD-Stadtratsfraktion	A0126/24
7.3.1	Punkt 1	
7.3.2	Punkt 2, 3, 4	
7.3.3	Für bezahlbaren Wohnraum sozialen Wohnungs(neu)bau wieder aufnehmen – Gebäudetyp E unterstützen FB 64	S0283/24
7.4	Studentisches Wohnen bezahlbar halten Fraktion GRÜNE/future!	A0102/24
7.4.1	Studentisches Wohnen bezahlbar halten FB 64	S0280/24
7.5	Lückenlose Aufklärung der formell unrechtmäßig erteilten Baumfällgenehmigung für die über 100-jährige Platane Fraktion DIE LINKE	A0065/24
7.5.1	Lückenlose Aufklärung der formell unrechtmäßig erteilten Baumfällgenehmigung für die über 100-jährige Platane FB 67	S0222/24
7.6	Verkehrssituation am zukünftigen Schulstandort Listemannstraße Fraktion DIE LINKE	A0087/24

7.6.1	Verkehrssituation am zukünftigen Schulstandort Listemannstraße Fraktion GRÜNE/future!	A0087/24/1
7.6.2	Verkehrssituation am zukünftigen Schulstandort Listemannstraße FB 64	S0217/24
7.7	Schulwegsicherheit Grundschule Am Grenzweg CDU-Ratsfraktion	A0121/24
7.7.1	Schulwegsicherheit Grundschule Am Grenzweg FB 68	S0293/24
7.8	Verhinderung von Autos im Gleisbett CDU-Ratsfraktion	A0089/24
7.8.1	Verhinderung von Autos im Gleisbett FB 68	S0219/24
7.9	Wiederherstellung der ursprünglichen Verkehrsangebote für die Straßenbahnlinien 3 und 9 Fraktion GRÜNE/future!	A0101/24
7.9.1	Wiederherstellung der ursprünglichen Verkehrsangebote für die Straßenbahnlinien 3 und 9 FB 64	S0279/24
7.10	Verbot und Entfernung sichtbehindernder Werbeträger Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0076/24
7.10.1	Verbot und Entfernung sichtbehindernder Werbeträger FB 68	S0244/24
7.11	Fehlende Straßenbeleuchtung und Beschriftung an der Fahrradstraße CDU-Ratsfraktion	A0090/24
7.11.1	Punkt 1	
7.11.2	Punkt 2	
7.11.3	Fehlende Straßenbeleuchtung und Beschriftung an der Fahrradstraße FB 68	S0248/24
7.12	Elberadweg am Sarajevo-Ufer mit Dränbeton ausbauen SPD-Stadtratsfraktion	A0088/24
7.12.1	Elberadweg am Sarajevo-Ufer mit Dränbeton ausbauen FB 68	S0254/24
7.13	Umgehungsstraße für Südost und Beyendorf-Sohlen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0079/24

7.13.1	Umgehungsstraße für Südost und Beyendorf-Sohlen CDU-Ratsfraktion	A0079/24/1
7.13.2	Umgehungsstraße für Südost und Beyendorf-Sohlen FB 64	S0216/24
7.14	Sanierung der Straßen Alt Fermersleben, Alt Salbke und Alt Westerhüsen im Schnellverfahren Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0077/24
7.14.1	Sanierung der Straßen Alt Fermersleben, Alt Salbke und Alt Westerhüsen im Schnellverfahren FB 68	S0304/24
7.15	Den Hasselbachplatz ganzheitlich entwickeln – Persepektiven für Gewerbtreibende und die Stadtgesellschaft bieten! Fraktion DIE LINKE	A0099/24
7.15.1	Punkt 1	
7.15.2	Punkt 2	
7.15.3	Punkt 3	
7.15.4	Punkt 4	
7.15.5	Punkt 5	
7.15.6	Punkt 6	
7.15.7	Punkt 7	
7.15.8	Punkt 8	
7.15.9	Punkt 9	
7.15.10	Punkt 10	
7.15.11	Den Hasselbachplatz ganzheitlich entwickeln – Persepektiven für Gewerbtreibende und die Stadtgesellschaft bieten! FB 68	S0338/24
8	Informationen	

8.1	Zwischeninformation: „Schutz und Erhalt von Stadtkultur: Maßnahmen zur Sicherung wertvoller Skulpturen vor Diebstahl und Vandalismus“ FB 42	I0157/24
8.2	Einsteinstraße als Fußgängerzone FB 68	I0035/24
8.3	Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA FB 68	I0103/24
8.4	Lärmschutzwand entlang Magdeburger Ring, Bereich Reform/Lemsdorf FB 68	I0106/24
8.5	Wegebeziehung für Radverkehr am Ende des Parkplatzes Sternbrücke öffnen FB 68	I0133/24
8.6	Sicherer Überweg Arndtstraße FB 68	I0135/24
8.7	Prüfauftrag zur Ermittlung des Straßenraums im Zusammenhang der Variantenentscheidung zur Umgestaltung der Schönebecker Straße (DS0474/22) FB 64	I0030/24
8.8	Turnusmäßige Berichterstattung zur Radverkehrskonzeption (RVK) FB 64	I0112/24
8.9	Zwischeninfo Grundsatzbeschluss Leitidee Willy-Brandt-Platz FB 64	I0124/24
8.10	Abstimmungen mit der MVB zu Abfahrtszeiten und Bauarbeiten FB 64	I0134/24
8.11	Radwegebeziehung vom City-Tunnel zum Universitätsplatz FB 64	I0145/24
8.12	Bänke-Konzept Magdeburg FB 64	I0151/24
9	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzender

Frank Schuster

Mitglieder des Gremiums

Rebekka Grotjohann

Dr. Falko Grube

Stephan Leitel
Madeleine Linke
Christian Mertens
Burkhard Moll
Thomas Wendler

Verwaltung

Corina Nürnberg

Vertreter

Aila Fassl

Mitglieder des Gremiums

Lucas Kemmesies

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, **Stadtrat Frank Schuster**, eröffnet die 1. Sitzung des Ausschusses in der VIII. Wahlperiode des Magdeburger Stadtrates.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung sowie die anwesenden Bürger.

Er geht auf die fristgerechte Ladung ein und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der **Vorsitzende Stadtrat Schuster** wünscht sich auch zukünftig eine konstruktive und gute Zusammenarbeit unter allen Beteiligten.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der **Vorsitzende** bittet die Verwaltung, die Beschlussvorlagen zum Thema Kostenspaltung im Zusammenhang einzubringen.

Des Weiteren erläutert der **Vorsitzende** den Verfahrensumgang hinsichtlich der Informationen. (Abfrage Redebedarf)

Redebedarf wird von **Stadträtin Linke** zu den TOP 8.2, 8.9 und 8.11, angemeldet.

Redebedarf zum TOP 8.12 wird von **Stadtrat Dr. Grube** angemeldet.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** bittet um Behandlung des TOP 8.7 und verweist auf die Anforderung aus der letzten Legislaturperiode sowie diverse Vertagungen auf Grund von Redebedarf.

Die Variantenentscheidung steht noch aus.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für eine nochmalige Vertagung aus und verweist auf die Sommerpause und den neu zusammengesetzten Ausschuss.

Der TOP soll vertagt und abschließend am 29.08.2024 behandelt werden.

Abstimmung: 8-0-0 geändert beschlossen

3. Vorstellung der Mitglieder des StBV und Wahl der Stellvertretung

Der **Vorsitzende Stadtrat Schuster** bittet um Vorschläge für die Stellvertretung.

Stadtrat Moll schlägt **Stadtrat Dr. Grube** vor. Dem schließt sich **Stadtrat Schuster** an. Die Stadträte sprechen sich für eine offene Abstimmung aus.

Abstimmung: 8-0-0

Stadtrat Dr. Grube bedankt sich und nimmt die Wahl an.

Auf Nachfrage der Verwaltung fragt der **Vorsitzende Stadtrat Schuster** nach dem Erfordernis von Papierexemplaren (Bebauungspläne).

Die **Stadträte** sprechen sich dafür aus, nur bei konkretem Bedarf Papierexemplare bei der Verwaltung anzufordern.

Auf das Thema Sitzungszeit eingehend wünscht sich der **Vorsitzende** kurze konstruktive Redebeiträge mit Sitzungsbeginn 16:00 Uhr.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 25.04.2024, 30.05.2024,
11.06.2024

4.1. 25.04.2024

Abstimmung: 5-0-3

4.2. 30.05.2024

Abstimmung: 5-0-3

4.3. 11.06.2024

Abstimmung: 4-0-4

5. Einwohner*innenfragestunde

Thema Radwege

Ein Bürger erkundigt sich nach dem Stand des Radweges an der Brenneckestraße Nordseite (Abschnitt Blankenburger Straße – Halberstädter Straße).

Herr Gebhardt verweist auf die laufende Entwurfsplanung mit Fortführung der Genehmigungsplanung.

Des Weiteren fragt der Bürger nach dem Stand des teilweisen Ausbaus des Klinkeradwegs zwischen Brenneckestraße und Fermersleber Weg.

Herr Gebhardt (FBL 68) informiert, dass es sich bei dem abgefragten Radweg um den Wegebereich zwischen einer am Ende der Gartenzufahrten befindlichen Treppenanlage und dem Fermersleber Weg handelt. Dieser Abschnitt werde in diesem Jahr realisiert.

6. Beschlussvorlagen

- 6.1. Beschluss zur Errichtung des neuen Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Südost auf einem städtischen Grundstück im Schanzenweg
Vorlage: DS0233/24
-

Der **Beigeordnete I Herr Krug** bringt die Beschlussvorlage ein. Er schildert die momentane unzureichende Vor-Ort-Situation der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Südost. Unterschiedlichste Standortüberprüfungen wurden durchgeführt und abgewogen. Auf dieser Grundlage wird der Standort Schanzenweg (ehemalige Grundschulplanung) als alternativlos erachtet.

Aus den genannten Gründen soll von dem Standort im Schanzenweg als Grundschule mit Hort Abstand genommen und dieser Standort zur Errichtung des Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Südost genutzt werden.

Der Beschluss hinsichtlich einer Grundschulenvorhaltefläche (Schanzenweg) soll aufgehoben werden.

Stadtrat Dr. Grube geht auf die Planungen im Bereich Fahlberg-List-Gelände ein und hinterfragt die Nutzung der öffentlichen Fläche (Schönebecker Straße). Bedarfsfläche für Feuerwehr bzw. Schule, bleibt der Bedarf bestehen?

Herr Krug verweist darauf, dass die Fläche für ein Gerätehaus ungeeignet sei.

Frau Schäferhenrich geht auf den Bebauungsplan Fahlberg-List ein. Als Gemeinbedarfsfläche (Feuerwehr, Kita) wurde westlich der Straße Alt Salbke, Alt Westerhüsen eine Fläche festgesetzt.

Auf dem RAW-Gelände wurde eine Gemeinbedarfsfläche Schule und KITA festgesetzt.

Abstimmung zur DS0233/24: 8-0-0

- 6.2. Umsetzung Toilettenkonzept DS0356/21
Vorlage: DS0081/24
-

Herr Krug (BG I) bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert die geplante Änderung zum Toilettenkonzept aus dem Jahr 2021.

Stadtrat Moll geht auf den Bereich Klosterberggarten ein und hinterfragt mögliche Regelungen mit dem Gesellschaftshaus bzw. den Gruson-Gewächshäusern.

Herr Krug verweist auf die Begründung zur Beschlussvorlage. Regelungen wurden dahingehend gefunden, dass die Möglichkeit besteht, zu den Öffnungszeiten die dortigen Toiletten zu nutzen.

Eine Möglichkeit im Gesellschaftshaus besteht nur, wenn öffentliche Veranstaltungen im Haus stattfinden.

Stadträtin Linke äußert Unverständnis für den Wegfall des Pilotprojektes (Trocken-/Bio-Toilette) und bittet um weitere Standortsuche.

Herr Krug verweist auf weitere Standortsuche, die erfolgt sei.

Stadtrat Dr. Grube bittet um entsprechende Ausschilderungen im Bereich Klosterberggarten.

Stadtrat Schuster verweist auf ein Bestandsgebäude einer ehemaligen Toilettenanlage im Bereich Klosterberggarten und hinterfragt deren Nutzung.

Stadträtin Linke führt zu Recherchen aus und verweist auf Beispiele in Berlin.

Herr Krug bemängelt die fehlende Barrierefreiheit sowie die Nichtzertifizierung dieser Beispiele.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat folgende Änderung:

Zu Nr. 3 ist zu prüfen, ob das bestehende Gebäude (ehemalige öffentliche Toilettenanlage) an der Benediktinerstraße für eine Toilettennutzung wieder reaktiviert werden kann.

Zu 4. ist zu prüfen, ob das Pilotprojekt an einer anderen Stelle realisiert werden kann.

Abstimmung: 8-0-0

Abstimmung zur DS0081/24: 8-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

- 6.3. Aufstellung und öffentliche Auslegung des Entwurfs zum einfachen Bebauungsplan "Stellplatzbegrünungssatzung"
Vorlage: DS0107/23
-

Frau Schäferhenrich bringt die Beschlussvorlage ein und verweist auf den Anlass für die Aufstellung des Bebauungsplanes:

Zum einen eine Baugenehmigung nach § 34 BauGB im Bereich Halberstädter Straße mit komplett versiegelter Parkplatzfläche, zu der es kritische Nachfragen des Stadtrates gegeben hatte;

Zum anderen die Stadtratsbeschlüsse zur Klimawandelanpassung (Maßnahmeplan 100% Klimaschutz, Klimawandelanpassungskonzept), mit denen die Verwaltung zur Umsetzung von Maßnahmen beauftragt wird.

Der Geltungsbereich der Satzung umfasst alle Bauflächen mit Ausnahme von gewidmeten Bahnflächen sowie Einfamilienhausgebieten.

Die Beschlussvorlage wurde im StBV bereits vorgestellt mit der Aufforderung zur Beteiligung von Genossenschaften, WOBAU, Haus & Grund.

Frau Schäferhenrich erläutert das Beteiligungsverfahren und stellt die eingegangenen Stellungnahmen vor.

Stadtrat Moll führt zur Zustimmung des UwE (noch vor der Kommunalwahl) aus und betont die Notwendigkeit, gerade vulnerable Gruppen (Alte, Kranke, Kinder) vor den Folgen des Klimawandels / Überhitzung zu schützen.

Stadtrat Dr. Grube hält eine Parkplatzbegrünung für unstrittig und hinterfragt, wieso die Ortskerne der Dorflagen zum Geltungsbereich gehören. In der Bautypenkarte liest er dieses anders.

Frau Schäferhenrich erläutert die Herangehensweise im Bereich von Ortskernen mit einer gemischten Nutzung. Durch die Möglichkeit einer gewerblichen Nutzung in den Ortskernen könne eine weitere Verdichtung entstehen.

Abschließend weist sie auf die Klimatische Belastungskarte im Geltungsbereich hin.

Stadträtin Linke begrüßt die Beschlussvorlage. Sie weist auf Klimaschutz sowie Klimaanpassung hin und geht auf die doppelte Innenentwicklung (Nachverdichtung) ein. Die Stellplatzflächen im Bereich der Märkte sieht sie problematisch. Hier könne durch die Aufwertung von Parkplatzflächen eine attraktivere Umfeldgestaltung erzielt werden.

Stadtrat Mertens hinterfragt den Rechenansatz und bittet um Erläuterung.

Frau Schäferhenrich erklärt, dass pro angefangener 5. Stellplatz ein Baumstandort festgelegt werden soll. Dies gilt ab dem dritten Stellplatz. Somit besteht bei 1-2 Stellplätzen keine Baumpflanz-Pflicht, bei 3-5 Stellplätzen ist ein Baum zu pflanzen, bei 6-10 Stellplätzen sind zwei Bäume zu pflanzen.

Stadtrat Mertens fragt, wieviel Quadratmeter werden pro Baumscheibe benötigt?

Die Baumscheibe falle mit 10 m² kleiner aus als ein Stellplatz (mind. 12,5 m² zzgl. Fahrgasse), teilt **Frau Schäferhenrich** mit und führt dazu aus.

Abstimmung zur DS0107/23: 5-0-3

- 6.4. Befreiung vom Bebauungsplan Nr. 265-1 "Ernst-Grube-Stadion",
Neubau FCM Trainingszentrum (1. Bauabschnitt) und FCM
Nachwuchsleistungszentrum (2. Bauabschnitt)
Vorlage: DS0129/24
-

Frau Schäferhenrich erläutert die geplante Befreiung vom rechtsverbindlichen Bebauungsplan. Der Bebauungsplan setzt in diesem Bereich Sondergebiet und Grünfläche fest. Städtebaulich steht der Befreiung nichts entgegen.

Mit dem FCM laufen Gespräch hinsichtlich einer Konzepterstellung zur Weiterentwicklung des Sportgeländes. Auf dieser Grundlage soll der gesamte Bebauungsplan mit den mittlerweile vielen Änderungen/Abweichung überarbeitet und dementsprechend angepasst werden.

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt einen früheren Beschluss zum Sportgelände.

Frau Schäferhenrich verweist auf ein neues Vorhaben hier.

Dazu führt der **Beigeordnete Herr Rehbaum** aus, dass es sich dabei um ein anderes Vorhaben handelte.

Dem jetzigen Vorhaben könne zugestimmt werden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig (8-0-0)** mit Beschlussnummer **StBV001-001(VIII)/24**.

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 8 Abs. 4 Nr. 1 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg wirkt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr bei der gemeindlichen Stellungnahme zu Befreiungen von Festsetzungen des Bebauungsplanes mit, wenn die jeweilige Angelegenheit für die städtebauliche Entwicklung von grundsätzlicher Bedeutung ist. Die Mitwirkung erfolgt in Form eines Votums.

Für den Bebauungsplan Nr. 265-1 "Ernst-Grube-Stadion" liegen bezogen auf das Grundstück Flur 793, Flurstücke 849/76 und 10330 Anträge auf Befreiung vor, welche von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr erteilt das gemeindliche Einvernehmen zu den Anträgen auf Abweichung der Art der baulichen Nutzung innerhalb des Sondergebietes und der festgesetzten öffentlichen Grünfläche zugunsten der Errichtung eines Trainings- und Nachwuchsleistungszentrums für den 1. FCM.

- 6.5. Finanzielle Einordnung zur Machbarkeitsstudie zum westlichen
Abschnitt des Nordverbinders
Vorlage: DS0134/24
-

Herr Schröter (FB 64) erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Schuster hinterfragt die zu erwartende Verkehrsbelegung und verweist auf die angrenzenden Seen mit Lauben sowie Kleingartenanlagen.

Herr Schröter weist auf den Beginn der Untersuchungen, den Anfang der Machbarkeitsstudie hin.

Stadtrat Dr. Grube möchte wissen, ob die Baumaßnahme zuerst mit dem östlichen Teil des Nordverbinders begonnen werden soll oder mit dem westlichen Teil des Nordverbinders. Der Baubeginn auf der westlichen Seite macht seiner Meinung nach mehr Sinn.

Herr Schröter verweist auf die europaweite Ausschreibung, die entsprechenden Untersuchungsergebnisse sollen abgewartet werden.

Ergänzend verweist der **Beigeordnete Herr Rehbaum** auf den Untersuchungsbeginn auf der westlichen Seite.

Stadtrat Moll hinterfragt mögliche Schallschutzmaßnahmen und geht auf den angrenzenden Naherholungsbereich ein.

Stadtrat Schuster weist auf die Notwendigkeit einer Querverbindung hin.

Damit könne die immer wieder geforderte Entlastung von Rothensee umgesetzt werden, so **Herr Rehbaum**.

Stadträtin Linke hinterfragt den Ausbau der Radverkehrsanlage.

Der Ausbau werde parallel erfolgen, informiert **Herr Rehbaum**.

Abstimmung zur DS0134/24: 6-1-2

- 6.6. Änderung der Planungsziele zum Bebauungsplanes Nr. 471-2
„Alt Farmersleben/ Schanzenweg“
Vorlage: DS0288/24
-

Frau Schäferhenrich bringt die Beschlussvorlage ein und verweist auf den Zusammenhang mit dem TOP 6.1. – Beschluss zur Errichtung des neuen Feuerwehrhauses der Freiwilligen Feuerwehr Magdeburg-Südost. Sie geht auf das begonnene Bebauungsplanverfahren mit der Zielsetzung Baurecht für eine Grundschule zu schaffen ein. Diese Zielsetzung soll zu Gunsten des Feuerwehrstandortes geändert werden.

Stadtrat Dr. Grube fragt, ob der Radverkehr in die Wegebeziehung zum Schanzenweg im Bebauungsplangebiet mit einbezogen werde.

Im Bereich des Bebauungsplans wird der Platzbedarf für den notwendigen Radweg berücksichtigt (Ausweisung als Verkehrsfläche), erläutert **Frau Schäferhenrich**.

Stadtrat Mertens möchte wissen, ob von der Planungszieländerung Flächen der Kleingartenanlage betroffen seien.

Die Kleingärten bleiben erhalten. Maximal werden die Stellplatzflächen der Kleingartenanlage in Anspruch genommen, teilt **Frau Schäferhenrich** mit.

Stadtrat Schuster verweist auf die unzureichende Straßenbreite und fehlenden Fuß- und Radweg in diesem Bereich (Eisenbahnanlage bis Feuerwehrfläche).

Ein Anfang muss endlich gemacht werden, so **Stadtrat Dr. Grube**.

Abschließend verweist **Frau Schäferhenrich** auf die vormalige Planung für den Schulstandort, hier war auch eine Wegebeziehung über das Sportareal in Richtung Süden angedacht gewesen.

Abstimmung zur DS0288/24: 9-0-0

- 6.7. Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen
in der Verkehrsanlage „Bebertaler Straße (Stichweg)“
Vorlage: DS0253/24
-

Herr Gebhardt bringt die folgenden TOP 6.7 - 6.10 zusammenhängend ein.

Er verweist auf die bisherige Betreuung gleichartiger Sachverhalte durch den ehemaligen FB 62. Im Zuge der Umstrukturierung wurden die Betreuung der Belange zum Beispiel der Straßenausbaubeitragssatzung dem FB 68 neu zugeordnet.

Um einen - beabsichtigten - Erstattungsantrag gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt bzgl. der o.g. Teileinrichtung geltend zu machen, muss laut Straßenausbaubeitragssatzung die sachliche Beitragspflicht über Kostenspaltungen bzw. Abschnittsbildungen herbeigeführt werden.

Für alle 4 zu beschließenden Maßnahmen würde eine Rückerstattung von ca. 58.000,00 € vom Land erfolgen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (9-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV 002-001(VIII)/24**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtung Gehweg in der Verkehrsanlage „Bebertaler Straße (Stichweg)“ der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 6.8. Abschnittsbildung- und Kostenspaltungsbeschluss für
endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage
„Lübecker Straße/ Dequeder Straße“ von Bebertaler Straße bis
Dannefelder Straße“ im Abschnitt von „Bebertaler Straße bis
Dequeder Straße“
Vorlage: DS0254/24
-

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (9-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV003-001(VIII)/24**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung

in der Verkehrsanlage „Lübecker Straße/ Dequeder Straße von Bebertaler Straße bis Dannefelder Straße“ im Abschnitt von „Bebertaler Straße bis Dequeder Straße“ der Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 6.9. Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Salvador-Allende-Straße von Barleber Straße bis Ende der Kurve (Im Steingewände)“ im Abschnitt von „Pablo-Neruda-Straße bis Im Steingewände(1. Einmündung).“
Vorlage: DS0255/24
-

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (9-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV004-001(VIII)/24**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung in der Verkehrsanlage „Salvador-Allende-Straße von Barleber Straße bis Ende der Kurve (Im Steingewände)“ im Abschnitt von „Pablo-Neruda-Straße bis Im Steingewände (1. Einmündung)“ der Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 6.10. Abschnitts- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Victor-Jara-Straße von Pablo-Neruda-Straße (im Norden) bis Pablo-Neruda-Straße (im Süden Wendehammer)“ im Abschnitt von „Pablo-Neruda-Straße (im Norden) bis Victor-Jara-Straße 17 (Durchgang zur Salvador-Allende-Straße).“
Vorlage: DS0256/24
-

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (9-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV005-001(VIII)/24**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtung Gehweg in der Verkehrsanlage „Victor-Jara-Straße von Pablo-Neruda-Straße (im Norden) bis Pablo-Neruda-Straße (im Süden Wendehammer)“ im Abschnitt von „Pablo-Neruda-Straße (im Norden) bis Victor-Jara-Straße 17 (Durchgang zur Salvador-Allende-Straße)“ der Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 6.11. Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für den investiven Bereich im Haushaltsjahr 2024 für 2025 – Baumaßnahme Brücke Lüttgen-Salbker-Weg über die Gleise der DB AG / Hauptstrecke 6403 Magdeburg Halle in Magdeburg, Überbauerneuerung Provisorium
-

Herr Rocke (FB 68) bringt die Beschlussvorlage, die aus dem Finanz- und Grundstücksausschuss in den StBV überwiesen wurde, ein. Er erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation das geplante Bauvorhaben und die vorhandene Situation. Für den gesamten Bereich läuft u.a. eine NASA-Studie im Zusammenhang mit der Intel-Ansiedlung. Auf Grund des schlechten Zustandes der Brücke besteht dringender Handlungsbedarf. Durch die Erneuerung des Überbaus auf den bestehenden Widerlagern soll ein Provisorium entstehen.

Stadträtin Linke findet es schade, dass mit der Errichtung des Provisoriums auch weiterhin kein barrierefreier Zugang hergestellt werde. Sie verweist auf die geplanten Entwicklungen auf dem RAW-Gelände und hinterfragt in diesem Zusammenhang die Kommunikation mit der Deutschen Bahn AG. Wurden diese Entwicklungen der Deutschen Bahn AG so vermittelt? Sie würde lieber auf das Provisorium verzichten und einen ordentlichen Brückenbau (barrierefreier S-Bahn-Knoten) errichten wollen.

Stadtrat Moll geht auf das Provisorium ein, verweist auf die fehlende barrierefreie Anbindung und die geplante Nutzung des S-Bahn-Netzes im Zusammenhang mit den neu geplanten Wohnansiedlungen. Er erkundigt sich nach konkreten Aussagen von Seiten der Deutschen Bahn AG hinsichtlich des Ersatzneubaus.

Stadtrat Dr. Grube verweist auf die Notwendigkeit der S-Bahn-Brücke, diese diene als Ausweichstrecke. Die Studie vom Land steht noch aus, ob dann der Knoten anders betrachtet werden müsse sei alles noch offen. Für den Ersatzneubau bedarf es eines Planfeststellungsverfahrens. Er spricht sich für Zustimmung zur Beschlussvorlage aus. Für die Anbindung des RAW-Geländes brauche es andere Lösungen.

Der **Beigeordnete** verweist auf regelmäßige Kommunikation mit der NASA. Erst mit Vorlage der Studie erfolgt die weitere Planung sowie später eine weitere Planung mit folgendem Planfeststellungsverfahren. Eine schnelle, barrierefreie Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr werde es nicht geben. Die Stadt sei nicht Bauherr, sondern die Deutsche Bahn AG. Das Provisorium helfe der Stadt weiter.

Herr Rocke weist abschließend darauf hin, dass langfristig die Deutsche Bahn AG an der Errichtung eines Ersatzneubau Interesse habe. Die aktive Mitwirkung bei den Planungen hierfür fordert die Deutsche Bahn AG von der Stadt.

Stadtrat Schuster ärgert die Finanzierung für ein nicht barrierefreies Provisorium. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, in wieweit der Investor vom RAW-Gelände über einen städtebaulichen Vertrag mit an den Kosten beteiligt werden könne.

Stadträtin Grotjohann hinterfragt die Einplanung von Baukostensteigerungen.

Herr Rocke geht auf das Submissionsergebnis ein mit einer Kostensteigerung von 20 % - 30%. Der vorgehaltene Puffer wurde damit abgeschmolzen. Aus diesem Grund erfolgt nun die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung.

Der **Beigeordnete** verweist auf die Vorlage der Vergabedrucksache hier und die Fristen zur Zuschlagserteilung. Die Brücke muss auf jeden Fall abgerissen werden, gibt er nochmals zu bedenken.

Stadtrat Schuster mahnt noch einmal die Prüfung einer finanziellen Beteiligung des Investors vom RAW-Gelände für zukünftige Maßnahmen in diesem Gebiet an.

Abschließend verweist der **Beigeordnete** auf die Kostenunterschiede zwischen Provisorium und Ersatzneubau.

Eine Kostenübernahme seitens des Investors vom RAW-Gelände hält er für unwahrscheinlich.

Abstimmung zur DS0242/24: 6-0-3

7. Anträge

- 7.1. Wirrwarr um Parkplatz-Ordnung in der Brunnersiedlung in Sudenburg
Vorlage: A0116/24
-

Stadträtin Grotjohann bittet um eine Verschiebung des TOP auf den nächsten StBV.

vertagt

- 7.1.1. Wirrwarr um Parkplatz-Ordnung in der Brunnersiedlung in Sudenburg
Vorlage: S0285/24
-

vertagt

- 7.2. Soziale Stadtentwicklung anpacken!
Vorlage: A0020/24
-

Stadträtin Grotjohann kritisiert die Stellungnahme, die trotz mehrfacher Vertagung immer noch nicht zum Ansinnen des Antrags passt. Sie bittet die Verwaltung die Stellungnahme dahin gehend zu überarbeiten, dass diese zum Antrag passt.

Frau Schäferhenrich erläutert, dass ein Vertagen von Anträgen nicht zu einer inhaltlichen Änderung der Stellungnahme führt.

Des Weiteren fragt **Frau Schäferhenrich** nach, wieso die Stellungnahme nicht dem Antrag entspreche.

Stadträtin Grotjohann verweist auf die Formulierung hinsichtlich der Aussagen zum Erstkaufrecht.

Frau Schäferhenrich erläutert die Regelungen im BauGB zum Thema Vorkaufsrecht der Kommune. Sie geht auf Voraussetzungen (private Grundstücksverkäufe), Vorgaben des § 24 BauGB sowie die Bereitstellung von Haushaltsmitteln ein.

Momentan werde das Vorkaufsrecht meist im Geltungsbereich von Bebauungsplänen hinsichtlich des Bedarfs an öffentlichen Flächen ausgeübt.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich gegen ein Vertagen aus. Stellungnahmen der Verwaltung können nicht immer zufriedenstellend ausfallen.

Ein Erwerb aller Flächen, die in der Stadt zur Verfügung stehen, lehnt er ab. Die Konsequenz wäre, dass der Erwerb sowie die Bebauung durch Privat nicht mehr gegeben wäre. Einzelne Grundstücke im Rahmen der Stadtentwicklung zu kaufen sei unstrittig.

Stadtrat Mertens hält den Antrag für politisch nicht begrüßenswert. Dieser sei finanziell fraglich und nicht realisierbar.

Stadträtin Linke begrüßt den Antrag, als Kommune eigene Grundstücke vorzuhalten und verweist auf die steigenden Mietpreise und die Notwendigkeit, Bodenspekulation auszuschließen.

Stadträtin Grotjohann geht abschließend auf die Verdrängungsmaßnahmen sowie unattraktive Mietpreisgestaltung ein. Dem müsse die Stadt entgegenreten.

In seiner Fraktion werde dieses Problem ebenfalls wahrgenommen, so **Stadtrat Dr. Grube**. Jedoch sei fraglich, ob das Instrument „generelles Erstkaufrecht der Kommune“ der richtige Weg sei. Beispielhaft verweist er auf die Entwicklungen auf dem RAW-Gelände, Fahlberg-List-Gelände. Er verweist auf die finanzielle Belastung für die Stadt sowie eine ausbleibende Entwicklung dieser belasteten Flächen.

Alles aufzukaufen, was zukünftig verkauft werde, sehe er schwierig.

Der Verkauf von städtischen Grundstücksflächen müsse überdacht werden.

Abstimmung zum Antrag A0020/24: 2-5-2 nicht empfohlen

7.2.1. Soziale Stadtentwicklung anpacken!
Vorlage: S0100/24

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Für bezahlbaren Wohnraum sozialen Wohnungs(neu)bau
wieder aufnehmen – Gebäudetyp E unterstützen
Vorlage: A0126/24

Stadtrat Dr. Grube führt zum Antrag aus.

Herr Gericke (FBL 64) stellt sich persönlich kurz vor und bringt anschließend die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Er weist auf die unterschiedlichen Sachverhalte wie sozialer Wohnungsbau und Gebäudetyp „E“ hin.

Mit dem sozialen Wohnungsbau könne eine gewisse soziale Durchmischung im Wohnquartier gewährleistet werden. Eine Förderung für den Neubau von Sozialwohnungen durch das Land bestehe nicht. Die Haushaltslage der Stadt lasse nicht zu, den sozialen Wohnungsbau aus städtischen Mitteln zu finanzieren.

Die Initiative zum Gebäudetyp „E“ werde von der Stadt unterstützt, sei aber im Wesentlichen eine Frage der Landesbauordnung.

Ein regelmäßiger Austausch mit den Wohnungsbauunternehmen findet statt.

Die Berichterstattung werde jährlich erfolgen.

Stadträtin Linke begrüßt den Antrag sowie die Stellungnahme. Problematisch werden von den Wohnungsbauunternehmen die Richtlinien gesehen. Hier spricht sie sich für Unterstützung aus und schlägt einen Änderungsantrag vor.

Stadtrat Moll findet den Antrag gut. Der soziale Wohnungsbau, speziell auch der barrierefreie soziale Wohnungsbau, muss erhalten bleiben.

Stadtrat Mertens sieht die Punkte 2, 3, 4 unproblematisch hinsichtlich einer Baukostensenkung. Beim dem Punkt 1, sozialer Wohnungsbau, weist er auf den massiven Rückbau an Wohnungen in den letzten Jahren. Kommuniziert wurde hierzu immer, dass ausreichender Wohnraum im Stadtgebiet vorhanden sei. Was hat sich daran grundsätzlich geändert? Wie ist der Stand hinsichtlich barrierefreien Wohnraums? Finanziell kann sich die Stadt eine Förderung nicht leisten.

Stadtrat Dr. Grube geht auf das im Ausschuss vorgestellte Wohnraumbedarfskonzept ein und hinterfragt die Berücksichtigung der Intel-Ansiedlung (Prognose ca. 4.000 Wohnungen Mehrbedarf) bei dem überarbeiteten Konzept. Durch die Entwicklungen im Fahlberg-List-Gelände sowie dem RAW-Gelände könne ein gewisser Ausgleich erfolgen, aber nicht bei niedrigpreisigen Wohnungen. Dieses werde nur über den sozialen Wohnungsbau ausgeglichen werden können. Dem Vorschlag von **Stadträtin Linke** könne er zustimmen.

Der **Beigeordnete** geht auf das Wohnraumbedarfskonzept ein. Die ersten beiden Ausbaustufen von Intel können mit den zur Verfügung stehenden Wohnungen in der Stadt in allen Schichten abgedeckt werden. Zum Gebäudetyp „E“ wurden die Gemeinden beteiligt. Die Bauordnung des Landes soll dementsprechend angepasst werden.

Herr Gericke geht kurz auf die Thematik Gebäudetyp „E“ ein und verweist darauf, dass dieses nicht das BauGB regelt. Aus seiner Erfahrung in Brandenburg (Tesla-Ansiedlung) empfiehlt er, den sozialen Wohnungsbau immer mit zu betrachten. Klarstellend weist er noch darauf hin, dass nicht die Stadt die Fördermittel beantragen kann, sondern nur Wohnungsunternehmen.

Stadtrat Mertens bittet um Klarstellung hinsichtlich des Bedarfs an sozialem Wohnungsbau.

Der **Beigeordnete** verweist noch einmal auf die Ausführungen zum Wohnraumbedarfskonzept.

Stadtrat Dr. Grube führt zu den Ausführungen zu den zusätzlichen Bedarfen an niedrigpreisigem Wohnraum aus.

Der **Beigeordnete** geht auf das permanente Umzugsgeschehen ein. Der Wohnungsmarkt sei ständig in Bewegung.

Stadtrat Schuster verweist auf die Bautätigkeiten und -ausführungen in anderen Ländern. Vielleicht sollte das Anspruchsdenken in Deutschland überdacht werden.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Antrag um einen Punkt 5 zu ergänzen.

NEU:

5. *Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, die Landesregierung auf eine Änderung der Richtlinie für den sozialen Wohnungsbau hinzuweisen, in der Art dass auch die Antragstellung für städtische Wohnungsunternehmen und Genossenschaften in den Oberzentren von LSA attraktiv ist.*

Abstimmung: 9-0-0

Abstimmung zum Antrag A0126/24: empfohlen mit Änderungsantrag

7.3.1. Punkt 1

Abstimmung: 7-0-2

7.3.2. Punkt 2, 3, 4

Abstimmung: 9-0-0

7.3.3. Für bezahlbaren Wohnraum sozialen Wohnungs(neu)bau
wieder aufnehmen – Gebäudetyp E unterstützen
Vorlage: S0283/24

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.4. Studentisches Wohnen bezahlbar halten
Vorlage: A0102/24

Stadträtin Linke bringt den Antrag ein, verweist auf den Bedarf an Wohnheimplätzen sowie das Fördermittelprogramm.

Herr Gericke erläutert die Stellungnahme und verweist auf erste Abstimmungsgespräche mit dem Studentenwerk.

Abstimmung zum Antrag A0102/24: 9-0-0

7.4.1. Studentisches Wohnen bezahlbar halten
Vorlage: S0280/24

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.5. Lückenlose Aufklärung der formell unrechtmäßig erteilten
Baumfällgenehmigung für die über 100-jährige Platane
Vorlage: A0065/24

Abstimmung zum Antrag A0065/24: 4-5-0 nicht empfohlen

- 7.5.1. Lückenlose Aufklärung der formell unrechtmäßig erteilten
Baumfällgenehmigung für die über 100-jährige Platane
Vorlage: S0222/24
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 7.6. Verkehrssituation am zukünftigen Schulstandort
Listemannstraße
Vorlage: A0087/24
-

Stadträtin Grotjohann führt zum Antrag aus. Sie verweist auf morgendlich volle Straßenbahnen und zum Teil können Schüler*innen nicht mehr zusteigen. Sie geht auf den geplanten Schulneubau ein und findet die Stellungnahme nicht ganz zufriedenstellend.

Stadträtin Linke bringt den Änderungsantrag ein, verweist auf den Schulneubau und die Notwendigkeit einer sicheren Radweganbindung in diesem Bereich.

Herr Schröter (FB 64) erläutert die Stellungnahme. Er weist auf eine gute Anbindung an den ÖPNV hin und verweist auf das Radverkehrskonzept für den Bereich Jakobstraße.

Stadtrat Moll geht auf die Antragstellung zur Thematik Listemannstraße (Januar 2023) ein. Er fragt, wann das angekündigte Konzept von der Verwaltung vorgelegt werde.

Stadträtin Linke sieht die Anbindung im Bereich Listemannstraße an das neue Schulgelände problematisch.

Stadtrat Mertens verweist auf frühere Aussagen der Verwaltung „wir machen das sowieso“. Aus diesem Grund braucht es den Antrag nicht, stellt er fest. Abschließend hinterfragt er den Stand Verkehrsanbindung Listemannstraße an das neue Schulgebäude.

Die Klärungen zu Grundstückszuwegungen/-zufahrten erfolgen im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens, erläutert **Herr Rehbaum**. Er geht davon aus, dass die Radweganbindung dementsprechend erfolge. Abschließend verweist der **Beigeordnete** auf die Objektplanung durch das KGm hier. Die konkreten Anbindungen an das Gebäude sind Teil dieser Objektplanung.

Stadtrat Schuster hält ein Verkehrskonzept für den gesamten Bereich für nötig. Momentan werde der ÖPNV sowie der Radverkehr betrachtet, aber viele Eltern werden die Kinder mit dem Auto zur Schule fahren, gibt er zu bedenken. Zum Thema Radverkehrsanbindung verweist er auf die Nutzung der Weitlingstraße, eventuell als Fahrradstraße. Der Antrag der FDP/Tierschutzpartei sollte endlich zu Ende gedacht werden.

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt zum Thema Radverkehr die Anbindung an die Otto-von-Guericke-Straße.

Herr Rehbaum verweist auf die geplante Quartiersentwicklung (Karstadt-Parkplatz/Erzbergerstraße).

Stadtrat Dr. Grube bittet um eine schnelle und einfache Lösung (beidseitige Erneuerung der Oberflächen).

Herr Schröter verweist auf die Radverkehrskonzeption.

Abstimmung zum Antrag A0087/24: 5-0-4 geändert empfohlen

7.6.1. Verkehrssituation am zukünftigen Schulstandort
Listemannstraße
Vorlage: A0087/24/1

Abstimmung zum Antrag A0087/24/1: 5-0-4

7.6.2. Verkehrssituation am zukünftigen Schulstandort
Listemannstraße
Vorlage: S0217/24

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.7. Schulwegsicherheit Grundschule Am Grenzweg
Vorlage: A0121/24

Herr Gebhardt bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Stadtrat Schuster hinterfragt die Ampelzeiten an der B 1.

Herr Gebhardt verweist auf normale, richtlinienkonforme Grün- sowie Übergangszeiten für die Fußgänger und dass die Ampeln bei Bedarf geschaltet sind.

Abstimmung zum Antrag A0121/24: 7-0-2

7.7.1. Schulwegsicherheit Grundschule Am Grenzweg
Vorlage: S0293/24

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.8. Verhinderung von Autos im Gleisbett
Vorlage: A0089/24

Herr Gebhardt bringt die Stellungnahme ein und verweist auf die bereits befestigte Fläche unter der Brücke.

Des Weiteren könne jeglicher Eingriff in den hergestellten Gleisoberbau förderrechtliche Auswirkungen haben.

Stadtrat Schuster hinterfragt die Möglichkeit Rüttelstreifen aufzubringen. Er bittet die Verwaltung dieses zu prüfen und lässt den Antrag vertagen.

vertagt

- 7.8.1. Verhinderung von Autos im Gleisbett
Vorlage: S0219/24
-

vertagt

- 7.9. Wiederherstellung der ursprünglichen Verkehrsangebote für die
Straßenbahnlinien 3 und 9
Vorlage: A0101/24
-

Stadträtin Linke führt zum Antrag aus.

Herr Schröter bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein und verweist auf den ablehnenden Stadtratsbeschluss.

Stadtrat Dr. Grube geht auf den Nahverkehrsplan ein und spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat folgende Änderung:

*Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, **einen Entwurf für die Änderung des Nahverkehrsplans mit der Zielrichtung vorzulegen**, Sorge dafür zu tragen, dass spätestens, wenn die MVB über ausreichende Fahrzeugkapazitäten verfügen, die Straßenbahnlinie 3 wieder als vollwertige Straßenbahnlinie auf der Route Leipziger Chaussee – Hasselbachplatz – Otto-v.-Guericke-Straße – Willy-Brandt-Platz – Kölner Platz – Stadtfeld-Ost – Klinikum Olvenstedt werktags wie alle anderen Linien im 10-Minuten-Takt verkehrt. Weiterhin ist die ‚normale‘ Bedienung auch am Abend, an Wochenenden und Feiertagen zu gewährleisten.*

Abstimmung: 9-0-0

Abstimmung zum Antrag A0101/24: 8-0-1 empfohlen mit Änderungsantrag

- 7.9.1. Wiederherstellung der ursprünglichen Verkehrsangebote für die
Straßenbahnlinien 3 und 9
Vorlage: S0279/24
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stadträtin Fassl führt zum Antrag aus. Sie berichtet von konkreten Vorfällen u.a. auch mit Folgeschäden. Sie erinnert daran, dass die bestehende Beschlusslage nicht umgesetzt wurde (Änderungsantrag StBV).

Viele Werbeträger seien störend für die Verkehrsteilnehmer. Sie spricht sich dafür aus, für die Beurteilung von Aufstellflächen weitere Akteure z.B. Polizei im Verfahren mit einzubinden. Aus Sicht der Polizei werde durch die Werbeträger nur unnötige Ablenkung im Straßenverkehr für alle Verkehrsteilnehmer erzeugt.

Stadtrat Schuster sieht die Werbeträger im Bereich der Haltestelleninseln sehr kritisch. Die Leute dahinter werden verdeckt und nicht wahrgenommen, beispielhaft verweist er auf die Situation im Bereich der Leipziger Straße.

Herr Gebhardt verweist auf die bereits ständig vorgenommene Einbeziehung der Straßenverkehrsbehörde, Polizei und häufig der MVB im Rahmen der Bearbeitung der einzelnen Standortprüfungen.

Kinder halten sich nicht immer an alle Regeln, gibt **Stadtrat Mertens** zu bedenken. Er bittet um eine rechtliche Einschätzung, ob und wie einzelne Genehmigungen zurückgenommen werden können.

Herr Gebhardt informiert, dass die bisher genehmigten Standorte umfassend geprüft sowie genehmigt wurden und verweist auf Schadensersatzansprüche, sofern einzelne erteilte Standortgenehmigungen zurückgenommen werden.

Stadträtin Grotjohann schlägt eine zusätzliche Kennzeichnung im Bereich der Werbeträger auf dem Weg vor.

Stadtrat Dr. Grube hat eine gewisse Sympathie für den Antrag, dieser sei aber zu weitgehend. Der Werbeträger im Haltestellenbereich Wiener Straße muss aus seiner Sicht unbedingt entfernt werden.

Sichtbehinderungen im Straßenbereich sind immer potenzielle Gefahrenquellen, stellt **Stadtrat Leitell** klar.

Stadtrat Mertens hinterfragt die Vertragslage zu den Werbeträgern. Wieviele Werbeträger gibt es und wo befinden sich die Standorte?

Frau Scheerenberg verweist auf vorabgestimmte Standorte (ca. 720) mit Polizei, MVB sowie unterer Verkehrsbehörde.

Für eine Rücknahme der Baugenehmigung braucht es eine rechtsichere Begründung sowie die Genehmigung von Ausweichstandorten.

Der **Beigeordnete** sichert eine Prüfung der Standorte im Bereich der Mittelinseln zu.

Stadtrat Moll spricht sich für eine Umsetzung der Werbeträger im Bereich der Mittelinseln aus.

Stadtrat Dr. Grube bittet die Verwaltung, die Standorte nochmals zu prüfen und spricht sich für eine Vertagung des Antrages aus. Die rechtliche Klärung sowie ein Verfahrensvorschlag bei dringendem Handlungsbedarf (z.B. im Haltestellenbereich Wiener Straße) sollten von der Verwaltung vorgelegt werden.

Stadtrat Schuster spricht sich für eine vorrangige Betrachtung der Haltestellenbereiche aus. Dieses könne bauliche Änderungen sowie Wegweisungen beinhalten.

Ergänzend spricht sich **Stadtrat Leitell** auch für die Untersuchung von Unfallschwerpunkten aus.

vertagt

7.10.1. Verbot und Entfernung sichtbehindernder Werbeträger
Vorlage: S0244/24

vertagt

7.11. Fehlende Straßenbeleuchtung und Beschriftung an der
Fahrradstraße
Vorlage: A0090/24

Herr Gebhardt erläutert die Stellungnahme.

Stadtrat Schuster schlägt eine punktweise Abstimmung vor.

7.11.1. Punkt 1

Abstimmung: 9-0-0

7.11.2. Punkt 2

Abstimmung: 7-0-2

7.11.3. Fehlende Straßenbeleuchtung und Beschriftung an der
Fahrradstraße
Vorlage: S0248/24

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.12. Elberadweg am Sarajevo-Ufer mit Dränbeton ausbauen
Vorlage: A0088/24

Stadtrat Dr. Grube führt zum Antrag aus.

Herr Gebhardt verweist auf die erfolgte Beauftragung.

Abstimmung zum Antrag A0088/24: 8-0-0

- 7.12.1. Elberadweg am Sarajevo-Ufer mit Dränbeton ausbauen
Vorlage: S0254/24
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 7.13. Umgehungsstraße für Südost und Beyendorf-Sohlen
Vorlage: A0079/24
-

Stadträtin Fassl erläutert den Antrag und verweist auf die Entwicklungen im Bereich Südost.

Herr Schröter bringt die Stellungnahme ein und bittet die Ergebnisse aus der NASA Studie abzuwarten.

Stadträtin Linke spricht sich gegen den Antrag aus. Neue Straßen injizieren zusätzlichen Verkehr und führen zu weiteren Baustellen und Sperrungen.

Stadtrat Mertens weist auf die dringend benötigte Entlastung für die Schönebecker Straße.

Stadtrat Schuster geht auf die Entwicklungen im Bereich Fahlberg-List, RAW ein. Hierzu braucht es diese zusätzliche Straße hinsichtlich einer Entlastung Schönebecker Straße.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für den Antrag aus.

Abstimmung zum Antrag A0079/24: 6-0-2

- 7.13.1. Umgehungsstraße für Südost und Beyendorf-Sohlen
Vorlage: A0079/24/1
-

Abstimmung zum Änderungsantrag A0079/24/1: 6-2-0

- 7.13.2. Umgehungsstraße für Südost und Beyendorf-Sohlen
Vorlage: S0216/24
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 7.14. Sanierung der Straßen Alt Farmersleben, Alt Salbke und Alt
Westerhüsen im Schnellverfahren
Vorlage: A0077/24
-

Herr Gebhardt bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Stadtrat Mertens hinterfragt eine mögliche Zeitschiene.

Herr Gebhardt geht auf eine später mögliche Fördermittelbeantragung ein und verweist auf eine in Bearbeitung befindliche Projektstudie des kompletten Verkehrsraumes.

Der **Beigeordnete** spricht von einem 10 Jahreszeitraum.

Stadtrat Schuster weist in diesem Zusammenhang auf schadhafte Stellen zwischen Sohlener Straße und Engpass im Gleisbereich und bittet dieses dringend zu beheben.

Abstimmung zum Antrag A0077/24: 1-4-2 nicht empfohlen

7.14.1. Sanierung der Straßen Alt Fermersleben, Alt Salbke und Alt
 Westerhüsen im Schnellverfahren
 Vorlage: S0304/24

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.15. Den Hasselbachplatz ganzheitlich entwickeln – Perspektiven für
 Gewerbtreibende und die Stadtgesellschaft bieten!
 Vorlage: A0099/24

Stadträtin Grotjohann bringt den Antrag ein. Sie geht auf die Darstellung in den Medien ein verweist auf die momentane Baustellensituation und weiß auch, dass nicht alle Punkte des Antrages den StBV betreffen. Zuständigkeitshalber bittet sie um ausführlichere Erläuterung der Punkte 1-4.

Herr Gebhardt verweist auf die Einbeziehung der unterschiedlichsten Akteure aus der Stadtverwaltung (MVB, Dez.I, III, V, Stadtplanung) bei der Erarbeitung der Stellungnahme. Dem Wunsch entsprechend geht **Herr Gebhardt** ausführlich auf die Punkte 1- 4 ein.

1. Er erläutert die Reinigungsintervalle des EB SAB (1x täglich) sowie den Reinigungszyklus der MVB (2x wöchentlich). Eine Erhöhung der Reinigungsintervalle werde dementsprechend mit einer Kostenerhöhung verbunden sein.
2. Zur Verbesserung der Barrierefreiheit müsse zuerst die fußläufige Wegebeziehung ermittelt, daraus dann der Bedarf ermittelt und die entsprechenden Haushaltsmittel eingestellt werden.
3. Dieser Punkt sei auf Grundlage der Grundlage StVO nicht umsetzbar.
4. Eine Geschwindigkeitsbeschränkung infolge Verkehrslärm ist nur mit einem Lärmgutachten zu begründen. Auf Grund der gefahrenen Geschwindigkeiten werden keine weiteren Möglichkeiten, den Verkehrslärm durch Geschwindigkeitsbeschränkungen zu reduzieren, gesehen.
5. Bei angezeigtem Bedarf erfolgt die entsprechende Prüfung und gegebenenfalls eine Anordnung.

Die **Stadträte** sprechen sich für eine punktweise Abstimmung aus.

7.15.1. Punkt 1

Abstimmung: 3-4-0 nicht empfohlen

7.15.2. Punkt 2

Abstimmung: 5-0-2

7.15.3. Punkt 3

Abstimmung: 2-5-0 nicht empfohlen

7.15.4. Punkt 4

Abstimmung: 3-2-2

7.15.5. Punkt 5

Abstimmung: 2-3-2 nicht empfohlen

7.15.6. Punkt 6

Abstimmung: 3-2-2

7.15.7. Punkt 7

Abstimmung: 2-4-1 nicht empfohlen

7.15.8. Punkt 8

Abstimmung: 4-3-0

7.15.9. Punkt 9

Abstimmung: 7-0-0

7.15.10. Punkt 10

Abstimmung: 3-4-0

- 7.15.11. Den Hasselbachplatz ganzheitlich entwickeln – Perspektiven für Gewerbetreibende und die Stadtgesellschaft bieten!
Vorlage: S0338/24
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8. Informationen

- 8.1. Zwischeninformation: „Schutz und Erhalt von Stadtkultur: Maßnahmen zur Sicherung wertvoller Skulpturen vor Diebstahl und Vandalismus“
Vorlage: I0157/24
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2. Einsteinstraße als Fußgängerzone
Vorlage: I0035/24
-

Stadträtin Linke äußert sich positiv überrascht.

Herr Gebhardt verweist auf die Auswertung der Testphase.

Stadtrat Schuster hinterfragt den Parkraum auf der Straße.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3. Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA
Vorlage: I0103/24
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 8.4. Lärmschutzwand entlang Magdeburger Ring, Bereich Reform/Lemsdorf
Vorlage: I0106/24
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 8.5. Wegebeziehung für Radverkehr am Ende des Parkplatzes
Sternbrücke öffnen
Vorlage: I0133/24
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 8.6. Sicherer Überweg Arndtstraße
Vorlage: I0135/24
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 8.7. Prüfauftrag zur Ermittlung des Straßenraums im
Zusammenhang der Variantenentscheidung zur Umgestaltung
der Schönebecker Straße (DS0474/22)
Vorlage: I0030/24
-

vertagt

- 8.8. Turnusmäßige Berichterstattung zur Radverkehrskonzeption
(RVK)
Vorlage: I0112/24
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 8.9. Zwischeninfo Grundsatzbeschluss Leitidee Willy-Brandt-Platz
Vorlage: I0124/24
-

Stadträtin Linke vermisst bei den Umgestaltungsplänen eine Berücksichtigung der Radwegebeziehung zwischen Bahnhofsstraße und Brandenburger Straße. Die Unübersichtlichkeit führe zu Konflikten zwischen Fußgängern und Radfahrern. Hierfür braucht es klarere Regelungen.

Herr Schröter verweist auf die Vorplanung und die Berücksichtigung in der Aufgabenstellung.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 8.10. Abstimmungen mit der MVB zu Abfahrtszeiten und Bauarbeiten
Vorlage: I0134/24
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8.11. Radwegebeziehung vom City-Tunnel zum Universitätsplatz
Vorlage: I0145/24

Stadträtin Linke weist auf eine notwendige Anbindung an den Campus hin. Wie kann eine gute Wegebeziehung in diesem Bereich geschaffen werden?

Herr Schröter verweist auf die Eigentumsverhältnisse und die sich derzeit in Aufstellung befindliche Radverkehrskonzeption.

Der **Beigeordnete** verweist auf die bestehende Verkehrssicherungspflicht der Eigentümer.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8.12. Bänke-Konzept Magdeburg
Vorlage: I0151/24

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt die Berücksichtigung von Müllheimern oder braucht es dafür eine gesonderte Antragstellung?

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9. Verschiedenes

Stadträtin Grotjohann hinterfragt die Ampelschaltung für Radfahrende im Bereich Damaschkeplatz.

Herr Gebhardt weist auf die vielen unterschiedlichen Verkehrsarten in diesem Bereich hin. Jede zusätzliche Veränderung zugunsten einer Gruppe von Verkehrsteilnehmern werde sich nachteilig auf die restlichen Verkehrsteilnehmer, hauptsächlich auf den ÖPNV, auswirken.

Der **Beigeordnete** verweist auf die Ausführungen zu einer Anfrage von dem damaligen Stadtrat Baum.

Die Antwort erfolgte per Mail von Frau Nürnberg an die Stadträtin.

Stadträtin Linke hinterfragt den Stand zu den Alleebäumen im Bereich Maxim-Gorki-Straße / Olivenstedter Straße.

Der **Beigeordnete** verweist auf den städtebaulichen Vertrag mit seiner rechtlichen Bindung.

Stadträtin Linke geht auf die Problematik der Pulkführerschaft von Straßenbahnen ein. Den Sachverhalt lässt der **Beigeordnete** prüfen.

Des Weiteren hinterfragt **Stadträtin Linke** den aktuellen Stand im Bereich der Großen Diesdorfer Straße / Leipziger Straße.

Die Zulässigkeit der Errichtung einer „Combispur“ werde momentan von der Oberen Straßenverkehrsbehörde in Halle geprüft, teilt der **Beigeordnete** mit.

Stadtrat Leitel geht auf die Straßenzustandserhebungen ein und hinterfragt eine Übersicht für das Stadtgebiet.

Die Straßenzustandserhebungen auf dem Magdeburger Ring sowie der Bundesstraße 1 werden zur Zeit von einer Firma, die vom Land Sachsen-Anhalt für wichtige Bundes- und Landesstraßen beauftragt wurde, untersucht, teilt **Herr Gebhardt** mit.

Auf den Siedlungsstraßen in Magdeburg erfolgt die Erfassung durch die Straßenkontrolleure in den drei Baubezirken.

Stadtrat Leitel spricht sich für eine Begehung der Arndtstraße aus.

Stadtrat Dr. Grube geht auf Baustellen im Bereich Magdeburger Ring ein und hinterfragt einen Zeitplan.

1. Verschwenkung nach Osten im Zuge der MVB-Baumaßnahme;
2. Freigabe Brückenbaustelle Höhe Halberstädter Straße;

Herr Gebhardt informiert.

Zu 1. 2025 soll die Baustelle möglichst auf dem Magdeburger Ring beendet werden;

Zu 2. Ende September 2024 soll die Baumaßnahme fertig gestellt sein.

Stadtrat Schuster bittet um Klärung eines „Gastzugangs“ in Bezug auf die Sitzungsführung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Frank Schuster
Vorsitzender

Corina Nürnberg
Schriftführerin